

Mehr Mitbestimmung

Direkte Demokratie auch zu wirtschaftlich und finanziell relevanten Fragen

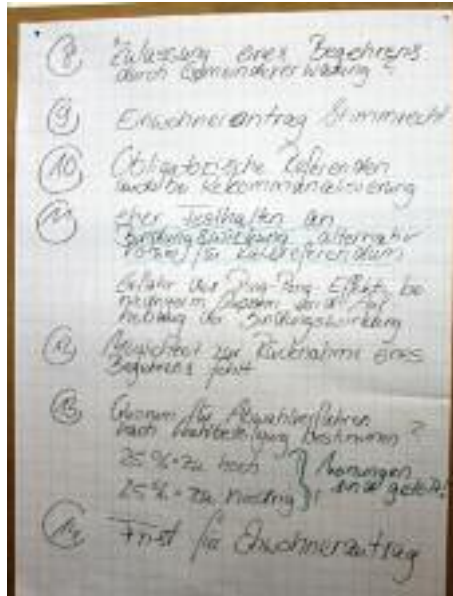
Die Reform der direkten kommunalen Demokratie hatte durch das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“, getragen vom Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ und parlamentarisch unterstützt von LINKE- und SPD-Fraktion, in den Jahren 2008/2009 deutliche Verbesserungen gebracht, und dies trotz CDU-Mehrheit im Landtag.

Allerdings war es damals nicht möglich, alles umzusetzen, was an Reformen sinnvoll ist. Daher war den Beteiligten klar: Sobald wie möglich muss es einen erneuten Reformanlauf geben mit weiterem inhaltlichem Ausbau wie dem Ratsreferendum, bei dem der Gemeinderat strittige Fragen den Bürgern zur Entscheidung per Bürgerentscheid vorlegen kann. Aber auch bei der Verfahrenslogistik befürworteten Bündnis und Initiativen Nachbesserungen, z.B. in Form eines eigenständigen umfassenden Verfahrensgesetzes zu Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Dies hatten die Fraktionen von PDS und SPD zusammen mit dem Bündnis schon 2005 im Landtag versucht, waren aber an der CDU-Mehrheit gescheitert waren.

Mittlerweile sehen die Rahmenbedingungen für solche Reformen weit besser aus. Daher war es nicht verwunderlich, dass die alljährlich stattfindende Demokratie-Tagung im Landtag – von LINKE, SPD und Grünen in Zusammenarbeit mit dem Bündnis unter dem Motto „Demokratie ist kein Sofa“ – sich dieses Jahr die weitere Reform der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene vorgenommen hatte.

Es kamen denn auch viele spannenden Reform- und Verbesserungsvorschläge zur Sprache, nicht nur die Einführung des Ratsreferendums. Auch die Erweiterung der direkten Bürgermitbestimmung bei wirtschaftlich und finanziell relevanten Fragen stieß auf deutliches Interesse. So ist vorgeschlagen, dass Bürgerbegehren zu Erwerb und Veräußerung von Unternehmen –

auch der Erwerb von Unternehmensanteilen – durch die Kommune verstärkt möglich sein sollen. Mit Blick auf das Problem ‚Privatisierungen im kommunalen Bereich‘ wird die Einführung eines obligatorischen Referendums, d.h. eines verpflichtenden Bürgerentscheids bei Privatisierung von kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, ins Auge gefasst. Teilnehmer merkten an, dass, wollte man dieses Instrument tatsächlich als wirksame „Privatisierungsbremse“ ausgestalten, auch die Vergabe öffentlicher Aufgaben und Dienstleistungen an Private im Bereich der Daseinsvorsorge der Pflicht zum Bürgerentscheid unterstellt werden müsste.



Auch wurde zu bedenken gegeben, dass – direkte Demokratie und Bürgermitbestimmung ernstgenommen – das genauso bei Rückholung, also „Re-Kommunalisierung“, dieser Unternehmen und Aufgaben passieren müsste. Ein solch obligatorisches Referendum wäre übrigens keine Thüringer Neuerung, denn es wird z.B. schon in der Schweiz und auch im Stadtstaat Bremen praktiziert. Thüringen wäre aber

das erste Flächenland in Deutschland, das dieses Instrument einführen würde. Es wurde zugesagt, dass die Vorschläge und Einschätzungen aus der Diskussion in die weitere Reformarbeit als Material aufgenommen werden. Daher wurden die entsprechenden Stichpunkte auf großen Blättern für alle sichtbar während der Veranstaltung gesammelt.

Intensiv diskutiert wurde z.B. auch, ob und wie die „Bindungswirkung“ eines Bürgerentscheids ausgestaltet werden sollte. Dabei geht es darum, dass für eine bestimmte Frist der Gemeinderat nach einem erfolgreichen Bürgerentscheid keinen (anderslautenden) Beschluss in der Sache fassen darf, um die Wirkungen der direkt-demokratischen Entscheidung nicht aushebeln zu können. Andere meinten, es sei besser, keine feste Bindungsfrist zu setzen, sondern den Bürgern die erleichterte Möglichkeit eines Bürgerentscheids gegen „Konterbeschlüsse“ des Gemeinderats zu geben.

Unter den Anwesenden war ein breites grundsätzliches Einverständnis mit dem Reformvorhaben deutlich und der Wunsch nach einer möglichst zeitnahen Umsetzung – nicht zuletzt, um den Engagierten und Initiativen vor Ort konkret zu helfen. Anhand praktischer Beispiele wurde aufgezeigt, welche positiven Wirkungen die frühere Reform schon hatte. So z.B., dass nun auch auf Landkreisebene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

stattfinden können, was im Ilmkreis zum Erhalt eines Schulstandorts und zum Erhalt der kommunalen Abfallwirtschaft geführt hat. Hätte es im Übrigen schon das Modell des obligatorischen Referendums gegeben, wäre der Entscheid zur Abfallwirtschaft wohl ein Beispielfall für seine Anwendung gewesen.

Sandra Steck

VON A BIS Z:

Brandschutzerziehung

„Die Koalition hat sich mit dem Koalitionsvertrag vorgenommen, die Brandschutzerziehung in Thüringen zu stärken bzw. flächendeckend einzuführen“, so MdL Sabine Berninger. Ausgangspunkt der Verhandlungen war ein Modell, wie es der Ilm-Kreis seit 2012 praktiziert. Dort hatte auf Anregung des Kreisfeuerwehrverbandes die Landrätin mit Unterstützung der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN für den Kreishaushalt vorgeschlagen, die bereits durch den Verband mittels Spendengeldern finanzierte halbe Personalstelle für die Brandschutzerziehung im Landkreis durch Haushaltsmittel des Kreises auf eine volle Stelle aufzustocken. Diesem Vorschlag hatten sich schließlich auch die anderen Kreistagsfraktionen angeschlossen.“

Freiwillige Feuerwehren in den Kommunen mit dieser Aufgabe zu betrauen, würde nicht an den fachlichen Kompetenzen der Wehren scheitern, so die LINKE-Abgeordnete, die selbst Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr ist, „wohl aber an den personellen Ressourcen und an den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Deshalb sollten wir uns an den bestehenden Modellen orientieren und versuchen, auf diese Art Mittel und Wege für die Schulträger zu finden.“ Eine Schulung der Lehrkräfte durch Angebote des ThILLM (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien) und eine entsprechende Vereinbarung mit dem Thüringer Feuerwehrverband unterstütze sie.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Gegenwärtig befindet sich der Thüringer Landtag in der parlamentarischen Sommerpause. Natürlich geht die Arbeit in der Linksfraktion weiter.

Bis zum Jahresende sind noch folgende Plenarsitzungstermine, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 31. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Einzelhandel

Zum Tarifabschluss für die Beschäftigten im Einzel- und Versandhandel in Thüringen sagte MdL Ina Leukefeld. „Die Streiks haben sich grundsätzlich gelohnt. Dass jedoch voraussichtlich nur gut 60 Prozent von ihnen vom Abschluss profitieren, zeigt Defizite, die behoben werden müssen.“ Mit Blick auf die 40 Prozent der Beschäftigten im Einzel- und Versandhandel, die nicht in tarifgebundenen Firmen angestellt sind, warb die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion für Tarifabschlüsse in allen Firmen des Einzelhandels und auch anderswo. Sie sagte: „Starke Gewerkschaften sind wichtig, weil es so den Beschäftigten besser geht. Mindestlohn allein ist auch nicht die Lösung.“

Betreuungsgeld

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum umstrittenen Betreuungsgeld hat Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow als eine richtungsweisende Entscheidung bezeichnet. „Die rückwärtsgewandte Politik der CDU/CSU mit ihrem verstaubten Familienbild hat einen erheblichen Dämpfer erhalten. Im rot-rot-grünen Thüringen wurde konsequent gehandelt und das Landeserziehungsgeld abgeschafft.“ Auf diesem Weg müsse zügig und entschieden weiter gegangen werden. Die frei werdenden Mittel aus dem Bundesbetreuungsgeld sollten in den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und die Stärkung der familien- und bildungspolitischen Leistungen gegeben werden.

Onlineforum

Noch bis zum 27. August kann man sich im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags an der Debatte zur Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft beteiligen. Der Gesetzentwurf war am 8. Juli erstmals im Landtag diskutiert worden. Er sieht vor, dass die Träger der 185 nichtstaatlichen Schulen in Thüringen in diesem Jahr 12,4 Millionen Euro mehr erhalten. Ab 2017 sollen die Zahlungen um jährlich 1,9 Prozent steigen. Der Bildungsausschuss, in dem das Gesetz weiter beraten wird, hatte die Online-Diskussion beschlossen, mit der Bürger direkt die parlamentarische Arbeit beeinflussen können.

www.forum-landtag.thueringen.de